

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Vokaltes und Provinzialteil Reinhold Dreßler, für die Inserate Rudolf Roganetti, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Hollender, Leipzig. — Berl. der Volkstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königl. S.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern vierteljährlich 2.70 M. ohne Befehlsgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Injektionsgebühren: Die 7. u. 8. Kolonelle 20 Pfennig, Injektion v. auswärts 25 Pfennig, im Verlagsamt 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27, Fernspr. 5407. — Zeitungspretsliste Seite 411.

Nr. 257.

Halle, Dienstag den 5. November 1918.

2. Jahrgang.

Arbeiter! Parteigenossen!

Durch unterschriftlose Flugblätter und durch Agitation von Mund zu Mund ist Euch die Aufforderung ergangen, in den nächsten Tagen die Betriebe zu verlassen und auf die Straße zu gehen.

Wir raten Euch dringend, dieser Aufforderung nicht zu folgen.

Wie Ihr alle wißt, befindet sich die sozialdemokratische Partei im Zuge einer sehr wichtigen Aktion. Sie hat einige Genossen in die Regierung entsandt, damit diese

Schleunigst Frieden

schleße und im Innern alle bürgerlichen Freiheiten herstelle, deren die Arbeiterklasse zu ihrer weiteren Entwicklung bedarf.

Seit dem Eintritt unserer Genossen in die Regierung hat diese an die Gegner ein Angebot gerichtet, das in kürzester Zeit zu Waffenstillstand und Frieden führen muß; das gleiche Wahlrecht in Preußen durchgeführt; dem Reichstag die Stellung der eigentlichen Zentralgewalt im Reich verschafft und das persönliche Regime at beendet;

die Unterstellung der Militärgewalt unter die Zivilgewalt durchgeführt und damit den Militarismus des stärksten Rückhalts beraubt;

die Press- und Versammlungsfreiheit erweitert;

Liebesrecht und viele andere aus dem Gefängnis befreit.

Dies alles genügt uns nicht. Wir arbeiten weiter, um kriegsherrliche Strömungen zu bekämpfen und die Demokratisierung Deutschlands bis aufs Letzte durchzuführen.

Wie Ihr alle aus den Zeitungen wißt, hat Genosse Scheidemann im Einvernehmen mit der Partei dem Reichstanzler empfohlen, er möge

dem Kaiser raten, zurückzutreten.

Ueber diese Frage schweben in diesem Augenblick noch wichtige Verhandlungen.

Arbeiter, Parteigenossen!

Wir fordern Euch auf, diese Verhandlungen nicht durch unbesonnenes Dazwischentreten zu durchkreuzen. Wir stehen vor den schwersten Entscheidungen, jeden Tag können wir in die Lage kommen, Euch auffordern zu müssen, daß Ihr Euer Wort in die Waagschale der Entscheidung werfen mögt. Jetzt gilt es aber, ruhig Blut und Disziplin zu wahren und sich von keinerlei Verwirrungsparolen einfangen zu lassen.

Je geschlossener Ihr unsere Aktion unterstützt, desto früher werden alle

militärischen Einziehungen

und sonstigen Maßnahmen, die Euch beunruhigen, wieder rückgängig gemacht werden, desto früher werden wir rasch zu einem dauernden Frieden gelangen, desto ohnmächtiger werden alle Versuche der Reaktion bleiben, sich wieder in den Sattel zu setzen.

Aus unbesonnenen Streichen kann einzelnen von Euch und der Gesamtheit nur namenloses Unglück erwachsen. Aktionen, die Erfolg versprechen, müssen von der Gesamtheit der Arbeiterschaft getragen sein. Für solche ist aber jetzt der Augenblick nicht da. Folgt darum keiner Parole, die von einer unverantwortlichen Minderheit ausgeht!

Der Vorstand

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

An das deutsche Volk!

Die Hof der Zeit stellt auf der Welt und auf dem deutschen Volk. Wir müssen diese schweren Tage und ihre Folgen überwinden. Heute schon müssen wir arbeiten für die glücklicheren Zeiten, auf die das deutsche Volk ein Recht hat. Die neue Regierung ist am Werk, diese Arbeit zu leisten. Wichtiges ist erreicht:

Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert.

Eine neue Regierung hat sich aus den Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstages gebildet.

Der Reichstanzler und seine Mitarbeiter bedecken zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages und damit des Volkes.

Grundlegende Rechte sind von der Person des Kaisers auf die Volksvertretung übertragen worden.

Kriegserklärung und Friedensschluß unterliegen der Genehmigung des Reichstages.

Die Unterstellung der Militärverwaltung unter den verantwortlichen Reichstanzler ist durchgeführt.

Eine weitgehende Amnestie ist erlassen.

Pressfreiheit und Versammlungsfreiheit sind gewährleistet. Doch vieles bleibt noch zu tun.

Die Amnestie des Reichstages in einem Volksstaat, der an politischer Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staate der Welt zurückbleiben soll, wird entschlossen weitergeführt.

Die Kriegserklärung kann ihre bedauernde und helende Wirkung nur ausüben, wenn sie einen Geist in den Verwaltung- und Militärbehörden findet, der ihre Zwecke erkennt und fördert. Wir erwarten von unseren Volksgenossen, die in amüßiger Stellung des Gemeinwesens zu sitzen bereuen sind, daß sie uns willige Mitarbeiter sein werden.

Wir brauchen in allen Teilen des Staates und des Reiches die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch das Volk selbst. Wir haben Vertrauen zu dem deutschen Volk. Es hat sich in vier hochwichtigen Angelegenheiten glänzend bewährt. Es wird sich nicht von Phantasien hinreißen lassen und auch in neuen Gefahren und Verdorbenheiten beharren lassen.

Selbstschutz und Ordnung tun not.

Jahr Disziplinlosigkeit wird den Wohlstand des künftigen Friedens auf dem Schweren gefährden.

Die Regierung und mit ihr die Leitung von Heer und Flotte wollen den Frieden, sie wollen ihn ernstlich und sie wollen ihn bald. Bis dahin müssen wir die Grenzen vor dem Einbruch des Feindes schützen. Den seit Wochen in hartem Kampf stehenden Truppen muß durch Abkühlung Ruhe geschaffen werden. Nur zu diesem Zweck, aus keinem anderen Grunde, sind die Einberufungen der letzten Zeit durchgeführt worden.

Den Mannschaften des Landheeres und der Flotte wie ihren Führern gebührt unser besonderer Dank. Durch ihren Todestun und ihre Mennesmut haben sie das Vaterland gerettet.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, damit die von der Front in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und Matrosen in geordneten Verhältnissen die Möglichkeit vorfinden, sich ihre und ihrer Familie Existenz wieder zu sichern. Alle großen Arbeitgeberverbände haben sich bereit erklärt, ihre früheren, jetzt eingezogenen Angestellten und Arbeiter sofort wieder einzustellen. Arbeitsbeschaffung, Erwerbslosenunterstützung, Wohnungsfürsorge und andere Maßnahmen auf diesem Gebiete sind teils in Vorbereitung, teils schon ausgeführt. Mit dem Friedensschluß wird sich auch die Befreiung der Nahrungs- wie aller anderen Verhältnisse einstellen.

Deutsche Männer und Frauen! Kampf und Frieden sind unsere gemeinsame Aufgabe. Staat und Reich sind unsere gemeinsame Zukunft. Euer Vertrauen, das unerschütterlich ist in der Stunde der Gefahr, ist in Wahrheit nichts anderes als das Vertrauen des deutschen Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Die gesicherte Zukunft Deutschlands ist unser Ziel.

Berlin, den 4. November 1918.

Reichstanzler Max Pring von Baden.

Der Stellvertreter des Reichstanzlers von Bayern.

Der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums Dr. Juleberg.

Die Staatssekretäre: Dr. Sell, Graf von Roedern, Dr. von Krause, Köhlin, von Waldow, Freiherr von Stein, S. Scheidemann, Groeber, Erzberger, Hausmann, Bauer, Teilmann, der Staatssekretär des Reichsmarineamts Ritter von Hahn, der Kriegsminister Schröck.

Zu den Waffenstillstandsbedingungen.

Man nimmt in Berliner politischen Kreisen an, daß die Waffenstillstandsbedingungen jedenfalls erst nach dem 5. November mitgeteilt werden, und zwar, weil Wilson die Genatsabgaben, die in diesem Augenblick stattfinden, noch abwarten will, um je nach dem diese Wahlen für ihn günstig oder ungünstig ausfallen, seine Ansicht über die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen mit mehr oder weniger Nachdruck zur Geltung zu bringen. Doch über die wichtigsten Fragen zwischen den Verhandlungen Wilsons und denen der Entente-Staatsmänner Meinungsverschiedenheiten bestehen, unterliegt keinem Zweifel. Es verlaute übrigens, daß für die Abmachungen über diesen Waffenstillstand bereits eine Kommission ernannt ist, der angehören werden: General v. Grünfeld, der Militärdelegierte auf der Haager Friedenskonferenz, General v. Winterfeld, ferner Admiral v. Meyer und der frühere Staatssekretär Admiral v. Sins.

Die Frankfurter Zeitung schreibt u. a. von den Waffenstillstandsbedingungen der Entente an Oesterreich-Ungarn: Das alte Oesterreich ist tot, und von der Diapause der Dabburger bestirnt nur noch ein Kaiser ohne Land und Volk. Gleichwohl haben die Verhandlungen der Entente und Amerikas dem Bertrammanbierenden an der italienischen Front erlaubt, den füngierten Trägern der noch mehr als Oesterreich-Ungarnigen Staatsgenossin und Landesverteidigung Bedingungen für den Waffenstillstand zu diktieren, der selbst dann inwieweit niederzuschmettern gedacht werden könnte, wenn Kaiser Karl als unbedeutender Beschreiber des Dabburger Erbes diesen Krieg verlieren und die Internierung angeboten hätte. Und das geschieht als Antwort zu einem neuen Zeitalter der Gerechtigkeit und Weltverbündung, zu dem uns Wilson zu führen angefangen hat. Die Vergegenwärtigung Oesterreich-Ungarns geschieht ferner vor dem Zeitpunkt, an dem Deutschland die Bedingungen für seinen eigenen Waffenstillstand mit dem Feind zu erwarten hat. Unter dieser Bedingung anders, als die Zusammenhänge der Friedensbedingungen Dabburgerpolitik, und was der übermütige Feind einem spezialisierten Oesterreich-Ungarn zu bieten vermochte, das darf es nicht wagen, dem geeinten Deutschland anzugewinnen, aber wer könnte sich der Sorge verschließen, daß die Verneinung der Sieger ihre Augen blind machen könnte, ja selbst gegen die Befehle. Diese Internierung unteres Reichs, unteres neu und selbsterfüllten Volkstanzes für unsere historischen Nachbarn selbst zur Folge haben könnte. Wäre es den Willkürigen gelungen, den Weg zum Recht und der Vernunft zurückzufinden. Selbst ist das Unheil, das Europa bisher befallen hat, gering gegenüber den Schrecken, mit denen uns alle der Zerfall des demokratischen Weltreiches der europäischen Staaten und damit der Sieg des Bolschewismus bedroht.

